

Ergebnisprotokoll

der Tagung des Arbeitskreises Straffälligen- und Bewährungshilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e. V. am 19.06.2012 von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr im Landesverband, GandhisträÙe 5 A, 30559 Hannover

Teilnehmer/innen: siehe beiliegende Teilnehmerliste

TOP 1: BegrüÙung und Einführung in die Tagesordnung

Herr Schubert begrüÙt die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises und freut sich ganz besonders, Herrn Böstel begrüÙen zu dürfen. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll vom 01.12.2011 wird wie vorliegend angenommen.

TOP 3: Wechsel des Sprechers des AK Straffälligenhilfe/LAG Expertenkreisvertreter

Herr Goiny erklärt, dass er, aufgrund seiner hohen Arbeitsbelastung vor Ort, zum Jahreswechsel seine Ämter niedergelegt hat. Als neuer Vertreter im LAG Expertenkreis wurde Herr VoÙ vom Paritätischen benannt. Da Herr Goiny auch das Amt des Sprechers des Arbeitskreises niedergelegt hat, beschließt der Arbeitskreis einen neuen Sprecher zu wählen. Herr Frido Ebeling bleibt stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises.

Der Arbeitskreis schlägt als Kandidaten für die Wahl zum Sprecher Herrn Hans-Dieter Abele vor. Weitere Kandidatinnen oder Kandidaten gibt es nicht. Herr Abele erklärt, dass er sich zur Wahl stellen möchte und schlägt vor die Amtsdauer auf 2 Jahre festzulegen.

Die Wahlen haben folgende Ergebnisse jeweils ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ergeben:

- Festlegung der Amtsdauer des Sprechers auf zwei Jahre.
- Wahl von Herrn Abele zum Sprecher des Arbeitskreises.

Herr Abele nimmt die Wahl an.

Herr Schubert bedankt sich bei Herrn Goiny für die geleistete Arbeit und gratuliert Herrn Abele zur Wahl.

TOP 4: Aktuelles aus den (Mitglieds-)Organisationen

Herrn VoÙ, Cura e. V.:

Bei dem Projekt Geldverwaltung statt Freiheitsstrafe wurden 2011 zusätzlich 250 Klienten betreut, bei 3 Stunden Aufstockung der Arbeitszeit. Hierbei gab es knapp 7000 Kontakte im Jahr 2011. Eine Aufstockung der Verwaltungskraft ist aus Sicht von Herrn VoÙ erst 2014 zu erwarten. Ab 01.12.2011 hat Cura e. V. eine halbe BFD-Stelle geschaffen, um die Verwaltung zu entlasten.

Herr Beaury, Die Gruppe Jugendhilfe e. V.:

Der Verein verhandelt zurzeit mit der Region über den Kostensatz von Fachleistungsstunden. Die Zuweisungszahlen sind schlechter geworden. Aktuell sind die Maßnahmen bescheiden finanziert.

Frau Huick, Kontakt e. V.

Die Auslastung in ihrem Verein ist so hoch, dass Wartezeiten entstehen.

Aktuell prüft die Rentenversicherung die Honorarverträge in ihrem Verein. Frau Eckhardt erklärt hierzu, dass der Grund eine interne Anweisung aufgrund von Scheinselbstständigkeit ist. Die Prüfer der Rentenversicherung sind angehalten, in den Einrichtungen die Honorarverträge genau zu prüfen. Frau Eckhardt rät zu einer frühzeitigen juristischen Unterstützung.

Frau Jakesch-Zinn, Kontakt in Krisen e. V.

Ihr Mitarbeiter ist teilweise ausschließlich mit der Bearbeitung von Geldverwaltungsangelegenheiten beschäftigt. Der Arbeitsaufwand steigt stetig.

Seit 2012 gibt es im Verein kein EU-gefördertes Projekt mehr. Das neue Projekt mit dem VNB (siehe hierzu auch das letzte Protokoll des AK) ist aktuell nur mit 4 Teilnehmern statt 12 belegt. Die Zuwendungsbescheide fehlen bislang. Nach Auskunft des MS sind die Fördergelder ausgeschöpft. Der Grund für die geringe Teilnahme ist in Göttingen wohl auch ein geringer Bedarf in der Altersklasse. Von den 4 Teilnehmern gibt es nur einen mit gerichtlicher Auflage. Geplant ist das Projekt für 3 Jahre.

Herr Goiny, Lüneburger Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V.

Der Verein möchte einen neuen Arbeitsbereich schaffen. Hierzu sollen in einem kleinen Rahmen ambulante Hilfen nach § 65 für Menschen nach dem Auszug aus dem stationären Kontext bereitgestellt werden. Der hier entstehende hohe Betreuungsbedarf soll über eine neu zu findende Honorarkraft abgedeckt werden.

Das Projekt Geldverwaltung statt Freiheitsstrafe läuft gut. Der Verein hält es zahlenmäßig kleiner und hat hierzu entsprechende Absprachen getroffen. Der Wegfall der Zivildienststelle soll ab dem 01.08. durch eine halbe Hausmeisterstelle mit Befristung ausgeglichen werden. Das Bewerbungsverfahren hierzu läuft. Die Finanzierung muss noch nachhaltig gesichert werden. Der Verein hat sich gegen BFDler entschieden, weil diese sofort den Freiwilligendienst abbrechen können.

Die Zuweisungen von Bußgeldern sind dramatisch rückläufig. Herr Goiny sieht die Ursachen hierfür darin, dass die Bußgelder auf mehr Einrichtungen verteilt werden als früher. Gleichzeitig werden Bußgelder aus Strafverfahren an das Land überwiesen. Als dritten Grund nennt Herr Goiny die hohe Fluktuation der Mitarbeiter bei Gericht. Hierzu möchte der Verein mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten und an die Angestellten des Gerichtes wieder mehr herantreten.

Herr Goiny stellt weiter das Projekt Infooffensive vor. Dies soll landesweit für eine Veränderung in den Köpfen der Bevölkerung bezüglich der Vorurteile gegenüber Strafgefangenen und ehemaligen Strafgefangenen sorgen. Hierzu kooperiert der Verein mit der Uni in Hildesheim und hat eine entsprechende Kampagne erarbeitet. Start des Projekts soll Ende dieses Jahres oder Anfang 2013 sein. Ein Antrag auf Fördergelder beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. ist gestellt. Beendet werden soll das Projekt nach 2 Jahren. Besonders hebt Herr Goiny hervor, dass in der Arbeitsgruppe zu diesem Projekt 4 Teilnehmer sind, davon 2 Freiwillige aus dem AJSD) und 2 aus der freiwilligen Straffälligenhilfe. Die Kollegen aus den AJSD nehmen an der Arbeitsgruppe in ihrer Freizeit teil.

Herr Ebeling, Albert Schweitzer Familienwerk e.V.

Herr Ebeling beschreibt die aktuellen Arbeits- und Tätigkeitsfelder seiner Einrichtung mit den einzelnen Schwerpunkten im Bereich Straffälligenhilfe.

Herr Bellgardt von Engeln, Nds. Gesellschaft für Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V.

Herr Bellgardt von Engeln stellt fest, dass bei seiner Arbeit mit Straftätern vermehrt auf die Trennung von Inhaftierten und Bewährungshilfe gelegt wird. Dieser Zustand ist eine „Katastrophe“ für die konstruktive Arbeit mit straffällig gewordenen Menschen.

Für den nächsten AK bietet Herr Bellgardt von Engeln an, seine Kontakte zu nutzen und diesen in der JVA Hameln stattfinden zu lassen. Der Vorschlag soll bei der Terminfindung für den nächsten AK berücksichtigt werden.

Ehrung für Herrn Goiny

Vor der folgenden Pause bedankt sich Herr Böstel bei Herrn Goiny für die geleistete Arbeit für den Bereich der Straffälligen- und Bewährungshilfe und überreicht ihm eine Urkunde und das paritätische Ehrenzeichen. Herr Böstel verliest die Urkunde und erklärt, dass sich Herr Goiny „durch beispielhaftes Wirken herausragende Verdienste um die paritätische Sozialarbeit erworben (hat) und damit ein lebendiges Beispiel für ein solidarisches Gemeinwesen“ ist und hebt das herausragende Engagement von Herrn Goiny hervor. In über 20 Jahren der intensiven Arbeit war Herr Goiny maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich der hier tagende Arbeitskreis zu regelmäßigen Sitzungen trifft und der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. mit seinen Mitgliedsorganisationen von Politikern als die erste Adresse bei Fragen zur Straffälligenhilfe bekannt ist. Herr Goiny hat es immer geschafft die Praxis z.B. in politische Gespräche einfließen zu lassen und damit sich und dem Verband wohlwollendes Gehör auf allen Interessensebenen zu verschaffen.

Herr Goiny bedankt sich bei Herrn Böstel und betont, dass ihm die Arbeit Spaß gemacht hat.

TOP 5: Berichte aus den Gremien

- a.) ASTRA
- b.) LAG Expertenkreis Straffälligenhilfe

Zu a.) Herr Bellgardt von Engeln berichtet vom ASTRA. Besonders geht er auf das Projekt „Kurve kriegen“ und „Haus der Jugendrechte“ in Pforzheim ein. Weiter geht er auf die aktuellen Gesetzesentwürfe verschiedener Parteien ein. Zu Details bezüglich der o. g. Themen siehe Anlage.

Zusammen mit Herrn Schubert berichtet Herr Bellgardt von Engeln, dass laut Information der BAG-S das Überbrückungsgeld als einmalige Einnahme auf den ALG-II-Anspruch anzurechnen ist, wenn es während der Bedarfszeit zufließt. Wird das Überbrückungsgeld vor Antragstellung nach SGB II bezahlt, soll es nicht mit angerechnet werden. Zu dieser Problematik möchte sich der ASTRA bei seinem nächsten Treffen anhand von konkreten Fällen und entsprechenden Gerichtsurteilen genauer auseinandersetzen.

Zu b.) Herr Voß berichtet aus dem LAG Expertenkreis Straffälligenhilfe das dort überlegt wird, ob die Zahlen aus dem Projekt Geldverwaltung statt Freiheitsstrafe in einer Pressekonferenz oder in einer Mitteilung an die Presse veröffentlicht werden und dass das Ministerium trotz Anfrage für eine gemeinsame Veröffentlichung bislang nicht reagiert hat. Die Meinung des AK hierzu ist, dass das Ministerium noch einmal gefragt werden kann, mit den für uns sehr positiven Zahlen aber nicht „hintern Berg“ gehalten werden soll und eine Presseerklärung auch von der LAG alleine herausgegeben werden sollte. Für eine derartige Erklärung sollen die aktuellsten Zahlen benutzt werden. Frau Eckhardt erklärt hierzu, dass sie die Frage nach einem Pressegespräch oder einer Pressemeldung mit Herrn Gabriel erläutern wird. Anschließend kann die Erklärung oder ein Gesprächsangebot an die Presse über den Fachausschuss Soziale Dienste am 31.08.2012 an den GA gehen.

Die Aufstockung der Verwaltungsstellen für das Projekt Geldverwaltung statt Freiheitsstrafe ist laut Rückmeldung vom MJ für 2012 nicht mehr zu erwarten. Wegen des Doppelhaushalts ist auch 2013

keine positive Tendenz zu erkennen. Die beteiligten Dienste befürworten die Aufstockung aufgrund der hohen Fallzahlen und der nachgewiesenen Erfolge. Das Thema soll in den politischen Fachgesprächen weiter bewegt werden.

Die Vorbereitung zur Fachtagung in Rastede ist so gut wie abgeschlossen.

Der Parlamentarische Abend soll auf das Frühjahr 2013, nach der Landtagswahl, verschoben werden. Ziel ist es, die neuen Politiker während ihrer Einarbeitungsphase zu Gesprächen zu bitten und in unserem Sinn zu motivieren. In den Parlamentarischen Abend sollen die Punkte Übergangmanagement und Infooffensive einfließen.

Bezüglich einer Kooperationsvereinbarung zwischen der BA und dem MJ möchte der Expertenkreis darum bitten, dass die Kooperationspartner und auch die LAG in Zukunft besser und zeitnah informiert werden.

Zum Thema Unterbringung von Sexualstraftätern in (begleiteten) Wohngruppen einigt sich der AK darauf, dass grundsätzlich alle straffällig gewordenen Menschen Einrichtungen anfragen können. Die Aufnahme an sich ist eine Einzelentscheidung der Einrichtung. Einen Ausschluss von bestimmten Tätergruppen von vorn herein soll es nicht geben.

TOP 6: Weiteres Vorgehen bei der Evaluation zum Übergangmanagement

Herr Schubert erklärt, dass am 26.06.2012 der Abschlussworkshop im GDA-Wohnstift, Osterfelddamm 12, 30627 Hannover stattfindet. Zurzeit liegen ungefähr 50 Anmeldungen vor. Die dritte Evaluation ist beantragt. Auf eine Zusage wird gewartet. Der Arbeitstitel ist „Regionale Kooperationscluster: Verstetigung und Wissenstransfer beim Übergangmanagement in Niedersachsen“.

TOP 7: Weiteres Vorgehen bei der Aufstockung der Verwaltungsstellen für das Aufgabengebiet „Geldverwaltung statt Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe“

Da unter TOP 5 b.) zu diesem Thema bereits diskutiert wurde, wird hier auf eine noch tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Thema verzichtet.

TOP 8: Problem der Zuständigkeiten bei 18-25jährigen

Die Problematik der Zuständigkeit bei den 18-25jährigen wird vom AK noch einmal erläutert. Herr Schubert erklärt hierzu, dass die Gesetzeslage eindeutig ist und Jugendliche nach dem SGB VIII, auch wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, betreut werden müssen, wenn ein Hilfebedarf besteht. Andernfalls muss das zuständige Jugendamt dezidiert darlegen, warum ein Hilfebedarf nicht mehr notwendig ist. Zu berücksichtigen hierbei ist allerdings, dass bei einer Nichtgewährung der Hilfe der Jugendliche gegen das Jugendamt klagen muss und sich so ein Prozess trotz eindeutiger Erfolgsaussichten hinziehen wird. Aus diesem Grund bittet der AK den Paritätischen in Person von Herrn Schubert auszuarbeiten, wie ein fachbereichsübergreifender Fachtag zu diesem Thema gestaltet werden könnte. Ziel ist themenbezogen einen ersten Schritt Richtung Öffentlichkeitsarbeit zu machen und nach Lösungen zu suchen. Herr Schubert möge im nächsten AK über die Ergebnisse bezüglich der Planungen berichten.

TOP 9: Verschiedenes

Unter anderem: Fachpolitische Gespräche, Parlamentarischer Abend 2013, Terminplanung 2012

Zu fachpolitische Gespräche:

Am 03.07.2012 findet erst ein Gespräch mit der SPD und im Anschluss ein Gespräch mit der CDU und FDP statt, wie Herr Schubert berichtet. Der AK möchte in Person von Herrn Abele, Herrn Voß und Herrn Goiny daran teilnehmen. Frau Konstantin soll angefragt werden. Der AK würde sich freuen, wenn Herr Schubert auch mit den Grünen und den Linken ein Gespräch arrangieren würde. Herr Goiny übernimmt bei den Gesprächen die Einführung,

Zum Parlamentarischen Abend 2013:
Siehe TOP 5 b.)

Zur Terminplanung 2012:
Wird von den Mitgliedern zurzeit nicht für nötig befunden.

Landtagswahl 2013, Forderung des Paritätischen:

Bezüglich der Forderungen zur Landtagswahl 2013 in Niedersachsen einigt sich der AK darauf, dass Forderungen auch für Jungstraftäter gelten sollen. Weiter muss bei der Vollzugslockerung etwas getan werden, damit die Arbeit mit den Straffälligen besser funktioniert. Herr Schubert soll in der Mail mit dem Protokoll darum bitten, ihm bis zu den Sommerferien Vorschläge für weitere Forderungen zuzusenden.

Herr Schubert bedankt sich bei allen Teilnehmern für ihre engagierte Mitarbeit und wünscht eine gute Heimfahrt.

Die Sitzung endet um 14.00 Uhr.

Hannover, 20.06.2012

Karsten Schubert
Fachberater

Anlage: Teilnehmerliste

Verteiler:

1. Arbeitskreis Straffälligenhilfe
2. Herr Böstel – im Hause
3. Frau Eckhardt – im Hause